

Interpellation SP-GRÜ-Fraktion:**«Schutz für die stationäre Gesundheitsversorgung in den Regionen**

Im Mai 2018 stellte der Verwaltungsrat der Spitalverbunde sein Grobkonzept zur zukünftigen Struktur der stationären Gesundheitsversorgung im Kanton St.Gallen vor: Es sieht die Schliessung von fünf Spitalstandorten vor. Unterdessen sind ein Lenkungsausschuss sowie eine Spezialkommission des Kantonsrates an der Arbeit. Dies mit dem Ziel, neben den hauptsächlich betriebswirtschaftlichen Überlegungen des Verwaltungsrates auch die zwingend notwendigen volkswirtschaftlichen, gesundheits- und versorgungspolitischen sowie regionalpolitischen Aspekte in die zukünftige Spitalstrategie einzubringen. Das Ergebnis wird wohl kaum dem Grobkonzept des Verwaltungsrates entsprechen.

Die Mittel- und Langfristplanungen, die zum Grobkonzept führten, basieren auf dem Budget 2018. Vor kurzem stellte nun der Verwaltungsrat die Halbjahresergebnisse 2018 der vier Spitalverbunde vor. Die deutlichen Verbesserungen – insbesondere in der wichtigsten Spitalverbund 1 wurde aus einem budgetierten Halbjahresminus von etwa 13 Mio. Franken ein reales Plus von 3,8 Mio. Franken – konterkarieren die pessimistischen Annahmen des Verwaltungsrates.

In den vergangenen Wochen ist ein mediales und internes Pressing zu beobachten: Im Zentrum jeder Verlautbarung des Verwaltungsrates, ob Medienmitteilung oder Interview, steht jeweils das eigene Schliessungskonzept. Dazu kommen Informationsveranstaltungen in Spitälern mit der gleichen Stossrichtung. Massiv betroffen sind damit die vom Verwaltungsrat ins Visier genommenen Spitäler. Hier wird eine Abwärtsspirale in Bewegung gesetzt: Die Spitäler werden ausgehungert.

Wer möchte in einem von der Schliessung bedrohten Spital arbeiten? Wer lässt sich in einem solchen Spital behandeln? Mit seiner Vorgehensweise verletzt der Verwaltungsrat seine Sorgfaltspflicht gegenüber den Angestellten und den Regionen, deren Gesundheitsversorgung gemäss Auftrag durch die öffentlichen Spitäler gesichert werden muss. Die Diskussionen um das Spital Heiden und deren Folgen zeigen die gravierenden Folgen solcher Diskussionen für die Angestellten und die Gesundheitsversorgung. Diese Entwicklung muss im Kanton St.Gallen unterbunden werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen des andauernden Pressings des Verwaltungsrates auf die Personalsituation und die Qualität des Leistungsangebots (z.B. Fallzahlen, qualifiziertes Personal usw.) der fünf betroffenen Spitäler?
2. Ist sie bereit, hier zum Schutz der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und des Personals mässigend einzugreifen und klare Botschaften zur Vorgehensweise abzugeben?
3. Wer hat die Hoheit über die Information der Öffentlichkeit? Gibt es Absprachen zwischen Verwaltungsrat, Lenkungsausschuss und Regierung?
4. Wie wird die Kommunikation des Verwaltungsrates und des Lenkungsausschusses zukünftig ausgestaltet sein?
5. Wie beurteilt sie die Halbjahresabschlüsse, dabei insbesondere derjenige der Spitalverbundes 1?
6. Wurde die bisherige Mittel- und Langfristplanung des Verwaltungsrates provisorisch den tatsächlichen Entwicklungen angepasst? Welche Auswirkungen sind zu beobachten? »

17. September 2018

SP-GRÜ-Fraktion